



Protokoll

Datum:

22. August 2017

Für:

Mitglieder der Cocosol sowie weitere
Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender
Auflistung

Protokoll der 3. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 22. August 2017

| | | |
|----------------------|----------------------------|--|
| Vorsitz: | Luzius Mader | Präsident; Bundesamt für Justiz / FSZM |
| Mitglieder: | Elsbeth Aeschlimann | Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich |
| | Urs Allemann | Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener |
| | Laetitia Bernard | Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH |
| | Guido Fluri | Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener |
| | Barbara Studer Immenhauser | Staatsarchivarin des Kantons Bern und Vizepräsidentin der schweiz. Archivdirektorinnen- und - direktorenkonferenz ADK |
| | Lisa Yolanda Hilafu | Ehem. Präsidentin Zwangsadoption- Schweiz, Betroffene |
| | Maria Luisa Zürcher | Ehem. Mitglied Ausschuss SH |
| Entschuldigt: | Christian Raetz | Leiter des « bureau cantonal de médiation VD » |
| Ex officio: | Reto Brand | Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM |
| | Iris Widmer | Bundesamt für Justiz/ Stv. Leiterin Fachbereich FSZM (bis Mittag) |
| Protokoll: | Claudia Scheidegger | Bundesamt für Justiz |

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3 Der **Präsident** begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur heutigen Sitzung.
4 Abmelden für die heutige Sitzung musste sich Herr Raetz wegen einer anderweitigen,
5 unvorhergesehenen Sitzung, an der er teilnehmen muss. Die Sitzungsunterlagen sollten
6 alle Mitglieder vor ca. 10 Tagen erhalten haben. Diese Frist sollte ausreichend sein,
7 damit alle Sitzungsteilnehmer genügend Zeit haben, die Unterlagen zu studieren und ggf.
8 Fragen an den Fachbereich zu stellen.
9

10

11 **2. Stand der eingegangenen Gesuche/Todesfälle**

12 Bis heute sind 2984 Gesuche beim BJ eingegangen. Sie stammen aus allen
13 Sprachregionen. Die Medienkonferenz vom 6. Juli 2017 hat sich in Bezug auf die
14 Gesuchseingänge positiv ausgewirkt; es ist eine deutliche Zunahme verzeichnen. Der
15 **Präsident** macht klar, dass es nicht oberstes Ziel sei, am Ende der Einreichfrist eine
16 möglichst hohe Zahl an Gesuchseingängen haben. Vielmehr sei das Ziel, die
17 Informationen möglichst lückenlos an alle Personen heranzutragen, die Opfer im Sinne
18 des Gesetzes sind. Möglichst alle sollen wissen, dass das neue Gesetz jetzt in Kraft
19 getreten ist und sie jetzt die Möglichkeit haben, dass sie ein Gesuch ausfüllen und
20 einreichen können. Ob diese Personen es dann tatsächlich tun, sei ihr persönlicher
21 Entscheid. Und falls sich bestimmte Personen in Kenntnis der Sachlage gegen eine
22 Gesuchseinreichung entscheiden, sei dies zu respektieren.
23

24 Dabei sei sehr wichtig, dass den Betroffenen unbegründete Ängste genommen und
25 Missverständnisse ausgeräumt werden könnten, wie etwa die unzutreffende Annahme,
26 dass Opfer in jedem Fall zwingend Akten liefern müssten, um einen Solidaritätsbeitrag zu
27 erhalten. Es sei wichtig, diesen Personen klarzumachen, dass eine blosser
28 Glaubhaftmachung der Opfereigenschaft genüge und dass kein strikter Beweis im
29 Rechtssinne nötig sei. Aufgrund seiner Wahrnehmungen müsse dies den Betroffenen
30 immer wieder klargemacht und bestätigt werden.
31

32 Der **Präsident** teilt mit, dass bisher 19 Todesfälle zu verzeichnen seien. Die meisten
33 dieser Personen, die inzwischen verstorben sind, haben jedoch wenigstens einen Betrag
34 aus dem Soforthilfefonds erhalten. Dies zeige, wie wichtig die Schaffung dieser
35 Zwischenlösung gewesen sei.
36

37

38 **3. Vorgeprüfte Gesuche**

39 Der **Präsident** führt aus, dass bisher keine wirklichen Grenzfälle in der Bearbeitung der
40 verschiedenen Gesuche aufgetaucht seien. Für die heutige Sitzung hat der Fachbereich
41 insgesamt 115 Gesuche vorprüfen können. Im Vorfeld der Sitzung hätten keine der
42 Kommissionsmitglieder Fragen zu einzelnen dieser Gesuchen gehabt und auch heute
43 habe es keine Wortmeldungen dazu gegeben. Er weist darauf hin, dass der Zweck des
44 Versandes der Liste sei, dass die Cocosol die Möglichkeit bekomme, sich vorgängig zu
45 einzelnen Gesuchen zu äussern. Sollte jemand von den Mitgliedern Bedarf haben, ein
46 Gesuch einzusehen, bestehe die Möglichkeit, dies vor der nächsten Sitzung jeweils beim
47 BJ zu tun. Voraussichtlich bestehe dieser Bedarf vorwiegend bei negativ beurteilten
48 Gesuchen. Dies sei bisher ja nicht der Fall gewesen; die Gesuche, welche der
49 Fachbereich gutzuheissen beabsichtigt, seien klare Fälle gewesen.
50

51 Der **Präsident** berichtet in diesem Zusammenhang, dass ab und zu Anfragen von
52 Personen kommen würden, welche wissen möchten, ob sie Opfer im Sinne des
53 Gesetzes seien. Er macht ein Beispiel einer solchen Anfrage und versichert, dass solche
54 Grenzfälle, bei den die Sach- und Rechtslage überwiegend unklar seien und in denen
55 sich heikle Abgrenzungsfragen stellten, stets in der Cocosol besprochen werden würden,
56 falls die entsprechenden Gesuche dann später tatsächlich eingereicht würden.
57

1 **Urs Allemann** findet solche Grenzfälle interessant und möchte, dass diese gesammelt
2 und dann gemeinsam an einer Cocosol- Sitzung angeschaut werden.
3 Es folgt eine allgemeine, längere Diskussion über die verschiedenen Ausprägungen der
4 Opfereigenschaft und über die Abgrenzung.

5
6 **Elsbeth Aeschlimann** ist etwas erstaunt über die vergleichsweise erhöhte Anzahl der
7 Todesfälle. Der **Präsident** versichert, dass das BJ und die Cocosol alles daran setzen
8 werden, damit sämtliche Dossiers mit den Prioritäten „A“ und „K“, sowie diejenigen, bei
9 denen die Gesuchsteller bereits Soforthilfe erhalten haben, noch im Jahr 2018
10 ausbezahlt werden können. Auf der heutigen Liste sind ausschliesslich Gesuche von
11 sehr alten (90+) und/oder schwer kranken Gesuchstellern zu finden; dies erklärt die
12 relative Häufung der Todesfälle. Das wird bei künftigen Listen anders sein.

13
14 **Urs Allemann** macht sich dafür stark, die Gesuchsbearbeitung zu beschleunigen und
15 das Volumen der beurteilten Gesuche massiv zu steigern. Es gehe nicht, dass Betroffene
16 bis 2019 warten müssen, bis sie Geld bekommen können. Das vorhandene Personal
17 müsse aufgestockt werden.

18
19 Der **Präsident** weist auf das Gesetz hin. Dort sei ein klarer Zeitrahmen bzw. ein Termin
20 festgelegt, bis wann die Gesuche bearbeitet sein müssen. Die Gesuchsbearbeitung sei
21 keine Routine-Arbeit, bei der sich bei Bedarf wie in der Industrie Fließbänder einrichten
22 liessen. Hinter jedem Dossier stünde ein Einzelschicksal. Deshalb sei bei der
23 Dossierbearbeitung nicht bloss Tempo gefragt, sondern es sei auch wichtig, dass die
24 Dossiers mit der nötigen Sorgfalt, mit der nötigen Empathie und mit Respekt vor jedem
25 einzelnen Gesuch bzw. vor dem dahinter stehenden Opfer behandelt würden.

26
27 **Laetitia Bernard** bemerkt, dass sie bei den Opfern, mit denen sie Kontakt habe, meist
28 auf Verständnis stosse, wenn sie die Behandlungsprioritäten und die Reihenfolge bei der
29 Gesuchsbehandlung erkläre.

30
31 **Lisa Hilafu** ergänzt, dass oft sehr viele falsche Informationen zur Gesuchsbehandlung
32 zirkulierten. Die Kommunikation des Bundes sei hier in aller Regel klar und korrekt.
33 Dagegen stammten Falschmeldungen oder Gerüchte nach ihren Feststellungen nicht
34 selten von Betroffenen oder deren Organisationen.

35 36 37 **4. Überarbeitete Dokumente (positive / negative Verfügung)**

38 Der **Präsident** stellt die überarbeiteten Fassungen der beiden Verfügungen kurz vor.
39 Diese seien inzwischen massiv vereinfacht und adressatengerechter formuliert worden.
40 Damit hätten die an der letzten Sitzung geäusserten Anliegen der Cocosol berücksichtigt
41 werden können.

42
43 **Elsbeth Aeschlimann** findet eine Passage in der negativen Verfügung betreffend die
44 Glaubhaftmachung nicht optimal. Die Diskussionen mündeten in einer Neuformulierung der
45 Passage. Mit dieser Ergänzung werden die Texte der negativen und die positiven
46 Verfügungsentwürfe genehmigt, eine nochmalige Unterbreitung ist nicht mehr notwendig.
47 Im Übrigen wird die Arbeit von Iris Widmer von verschiedenen Mitgliedern verdankt.

48 49 50 **5. Gesuchsbearbeitung / Kontaktnahme mit den Gesuchstellern / Versand** 51 **Vorbescheid**

52 Der **Präsident** berichtet, dass die Erfahrungen aus den telefonischen Kontaktnahmen mit
53 den Opfern während der Gesuchsbearbeitung sehr gut seien. Die Gesuchsteller
54 schätzten es in aller Regel sehr, dass sie als Mensch und nicht bloss als eine
55 abzuarbeitende (Dossier-)Nummer wahrgenommen würden und dass man sich nach
56 ihrem Befinden erkundige und eventuelle Unklarheiten im Gespräch ausräume.
57 Der Versand der Vorbescheide für die an der heutigen Sitzung behandelten Gesuche
58 wird nun in den nächsten Tagen aufgenommen.

1
2 **Barbara Studer** berichtet von einer kürzlichen Erfahrung ihrer Angestellten mit einer
3 Klientin, die im Berner Staatsarchiv ausgerastet und wirklich handgreiflich geworden sei,
4 weil die Aktensuche nicht nach ihren Vorstellungen verlaufen sei. Solche Vorfälle
5 könnten sich häufen, wenn dann einmal die negativen Verfügungen versendet worden
6 seien.
7
8

9 **6. Weitere Anliegen der Cocosol aus der Sitzung vom 21. Juni 2017**

10 **Reto Brand** geht kurz auf Anliegen einzelner Cocosol-Mitglieder ein, über welche an der
11 letzten Sitzung diskutiert und die im letzten Protokoll festgehalten worden sind.

12 Lisa Hilafu hatte zum einen kostenpflichtige Auskünfte bei den Zivilstandsämtern im
13 Rahmen von Auskünften bei den Zwangsadoptionen moniert. Das BJ plant, hierzu eine
14 Weisung zu erlassen und diese den zuständigen Stellen zu kommunizieren. Es ist davon
15 auszugehen, dass dies so umgesetzt werden wird und dass keine weiteren Probleme zu
16 erwarten sind. Was die Homepage des Fachbereichs bzw. die Informationen zu den
17 Anlaufstellen betrifft, so erscheint diese genügend klar und ausführlich zu sein. Was die
18 Frage von Frau Aeschlimann betrifft, so sind die kantonalen Anlaufstellen bereit,
19 Hausbesuche bei Betroffenen zu machen, welche aus gesundheitlichen Gründen nicht
20 mehr mobil sind. Verschiedene Anlaufstellen machen dies bereits heute schon so.
21
22

23 **7. Medienanlass vom 6. Juli 2017**

24 Der **Präsident** berichtet über die Medienkonferenz und erachtet es als sehr wichtig, dass
25 auch Guido Fluri sowie Peter Gomm daran teilgenommen haben. Es sei kein isolierter,
26 einmaliger Anlass gewesen, sondern vielmehr ein Puzzleteil in der permanenten
27 Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Aufarbeitung der FSZM“. Bedauerlich sei gewesen,
28 dass im Nachgang an den Anlass grosse Diskussionen entfacht worden seien, die der
29 Sache insgesamt nur geschadet hätten. Wenn z.B. bestimmte Personen eine Anhebung
30 des Höchstbetrages forderten, so sei dies in politischer Hinsicht unrealistisch. Bei den
31 Betroffenen würden damit nur Hoffnungen geschürt, welche nicht umsetzbar seien.
32 Es werden verschiedene Reaktionen von Vereinen und Betroffenen diskutiert.
33
34

35 **8. Flyer: Stand der Arbeiten, Adressbeschaffung, Versand**

36 Der **Präsident** stellt den am Medienanlass angekündigten Flyer vor, welcher an
37 verschiedene Organisationen abgegeben werden soll, bei denen die Vermutung besteht,
38 dass sie in irgend einer Form heute Opfer betreuen, z.B. Alters- und Pflegeheime,
39 Hausärzte, Spitex, Pro Senectute etc. Die Flyer gingen nun bald in den Druck und dann
40 in den Versand.

41 Lisa Hilafu gibt zu bedenken, dass viele Betroffene aus allen Opfergruppen nicht wissen,
42 was unter dem Begriff „fürsorgereichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen
43 vor 1981“ bzw. „FSZM“ zu verstehen ist. Wenn in Aufrufen diese Begriffe verwendet
44 werden, fühlten sie sich deshalb auch nicht angesprochen. Deshalb sei es wichtig, stets
45 alle Opfergruppen aufzuführen, so wie dies im Flyer gemacht worden sei.
46
47

48 **9. Selbsthilfe-Projekte**

49 Der **Präsident** informiert kurz über zwei geplante Selbsthilfe- Projekte. Es würden
50 Vorgespräche mit den Gesuchstellenden stattfinden, um die Realisierungschancen zu
51 erörtern und die Gesuchseinreichung und -behandlung zu verbessern. Es sei im
52 Interesse aller Beteiligten, dass die Projekte auch längerfristig Bestand hätten. Dabei sei
53 es auch wichtig, dass die örtlichen Behörden mit den jeweiligen Projekten einverstanden
54 seien und diese unterstützen würden. Je breiter die Trägerschaft und Unterstützung sei,
55 umso erfolgreicher könne ein solches Projekt werden. **Reto Brand** ergänzt, dass bei
56 Selbsthilfe-Projekten auch das Subventionsgesetz beachtet werden müsse. Der
57 Fachbereich begleite die Gesuchstellenden aktiv; die Arbeiten erfolgten stets auf Mass.
58

1
2
3 **10. Informationen:**

4 Der **Präsident** berichtet über den Stand der freiwilligen Zuwendungen der Gemeinden.
5 Es gäbe zudem Zusagen oder zumindest Statements von verschiedenen Kantonen, bei
6 denen Leistung eines Beitrages entweder bereits beschlossen oder im zumindest im
7 Entscheidfindungsprozess auf Stufe Regierung oder Parlament sei.
8

9 Der **Präsident** berichtet weiter kurz vom Anlass des NFP 76 vom 9. August 2017. Die
10 Teilnahme der Betroffenen erachte er als sehr wichtig und die Beteiligung sei erfreulich
11 gewesen. Er habe den Anlass sehr interessant gefunden, da auch die Betroffenen
12 miteinbezogen worden seien. **Lisa Hilafu** bestätigt, dass die Rückmeldungen von den
13 Betroffenen positiv gewesen seien und dass dies für die Zukunft wichtig sei.

14 Der **Präsident** weist im Übrigen auf den Anlass UEK am 2. November hin, der als
15 Workshop ausgestaltet sein wird. Die UEK wird dann im Jahr 2018 voraussichtlich den
16 Schlussbericht abliefern.
17

18
19 **11. Planung 2018/Sitzungsdaten**

20
21 Der **Präsident** schlägt für das Jahr 2018 folgende vier Sitzungs-Daten vor:
22

- 23 • **Dienstag, 6. März von 10-16 Uhr**
- 24 • **Mittwoch, 23. Mai von 10-16 Uhr**
- 25 • **Dienstag, 28. August von 10-16 Uhr**
- 26 • **Dienstag, 20. November von 10-16 Uhr**
- 27 •

28 Die Anwesenden sind mit diesen Daten einverstanden, ebenso das für die heutige
29 Sitzung entschuldigte (und nachträglich angefragte) Mitglied Christian Raetz.
30
31

32 **12. Verschiedenes**

33 **Barbara Studer** informiert über die Lösung des Problems der Psychiatrie- Akten der
34 Klinik Waldau. Es laufe nun einwandfrei, und die Akten würden nun nach der Intervention
35 des BJ nun ohne Weiteres herausgegeben. Dies erleichtere die Arbeit der Archive sehr.
36 Der **Präsident** berichtet in diesem Zusammenhang noch kurz über die Akten der Tibet-
37 Kinder, bei welchen nun die Arbeiten liefen, damit die Akten dem Bundesarchiv in die
38 Obhut gegeben werden können. **Guido Fluri** stellt fest, dass sich auch im Bereich der
39 Archive und der Akteneinsicht in den letzten Jahren sehr viel getan habe und ein
40 Bewusstsein- und Gesinnungswandel stattgefunden habe.
41

42 Die nächste Sitzung findet am 17. Oktober 2017 von 10-16 Uhr, Sitzungszimmer 326
43 Ost, des BJ statt. Eine Einladung wird folgen.
44

45 Ende der Sitzung: ca. 15.00h
46



Procès-verbal

Date : 22 août 2017
Destinataires : Membres de la Cocosol et autres participants à la séance selon la liste qui suit

Procès-verbal de la 3^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 22 août 2017

| | | |
|----------------------------------|----------------------------|--|
| Présidence : | Luzius Mader | Président Office fédéral de la justice / MCFA |
| Membres : | Elsbeth Aeschlimann | Ancienne représentante du point de contact du canton de Zurich |
| | Urs Allemann | Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée |
| | Laetitia Bernard | Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate |
| | Guido Fluri | Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée |
| | Barbara Studer Immenhauser | Archiviste cantonale du canton de Berne et vice-présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'Archives suisses (CDA) |
| | Lisa Yolanda Hilafu | Ancienne présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée |
| | Maria Luisa Zürcher | Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate |
| Excusés : | Christian Raetz | Chef du Bureau de médiation du canton de Vaud |
| Collaborateurs de l'OFJ : | Reto Brand | Office fédéral de la justice / chef de l'unité MCFA |
| | Iris Widmer | Office fédéral de la justice / suppléante du chef de l'unité MCFA (présente le matin) |
| Procès-verbal : | Claudia Scheidegger | Office fédéral de la justice |

1 Début de la séance : 10h

2 **1. Accueil et informations générales**

3 Le **président** ouvre la séance et souhaite la bienvenue aux participants.

4 M. Raetz a dû s'excuser en raison d'une autre séance imprévue à laquelle il devait
5 impérativement assister. Les membres ont reçu les documents relatifs à la séance
6 environ 10 jours auparavant ; ce délai devrait être suffisant pour leur permettre de lire la
7 documentation et éventuellement poser des questions à l'unité compétente.

8
9
10 **2. État des demandes reçues/personnes décédées**

11 Jusqu'à présent, 2984 demandes de contribution de solidarité sont parvenues à l'OFJ.
12 Elles proviennent de toutes les régions linguistiques. La conférence de presse du 6 juillet
13 2017 a eu l'effet voulu et le nombre de demandes a clairement augmenté. Le **président**
14 précise que l'objectif premier n'est pas de recevoir le plus de demandes possible jusqu'à
15 l'échéance du délai de dépôt, mais d'atteindre toutes les personnes qui sont considérées
16 comme victimes au sens de la loi. Toutes ces personnes doivent savoir que la nouvelle
17 loi est entrée en vigueur et qu'elles ont la possibilité de déposer une demande pour
18 obtenir une contribution de solidarité. Elles sont libres de le faire ou d'y renoncer. Si
19 certaines personnes décident en connaissance de cause de ne pas déposer de
20 demande, il faut respecter leur choix.

21
22 Il est en revanche très important d'informer et de rassurer les personnes concernées
23 pour qu'elles n'aient pas de peurs infondées et ne pensent pas, par exemple, qu'elles
24 doivent forcément fournir un solide dossier pour toucher une contribution de solidarité.
25 Elles doivent savoir qu'il leur suffit de rendre vraisemblable qu'elles sont des victimes et
26 qu'elles ne sont pas obligées de présenter des preuves au sens strict. L'expérience
27 montre que ce point doit être répété et confirmé sans cesse aux personnes concernées.

28
29 Le **président** informe que 19 décès sont à déplorer. La plupart des personnes disparues
30 ont reçu au moins une contribution du fonds d'aide immédiate, ce qui prouve qu'il était
31 primordial de mettre en place une solution transitoire.

32
33
34 **3. Demandes ayant fait l'objet d'un examen préliminaire**

35 Le **président** constate qu'aucune des demandes traitées ne constitue un cas limite.
36 L'unité MCFA soumet à la commission consultative 115 demandes qui ont fait l'objet d'un
37 examen préliminaire. Aucun membre de la commission n'a posé de question sur ces
38 demandes et personne n'est intervenu à ce sujet au cours de la séance. Le président
39 précise que l'envoi de la liste vise à permettre aux membres de la Cocosol de se
40 prononcer sur les demandes au préalable. Si un membre ressent le besoin de consulter
41 le dossier, il a la possibilité de le faire à l'OFJ, avant la séance suivante. Les membres
42 ressentiront vraisemblablement davantage ce besoin lorsque des demandes seront
43 rejetées, ce qui n'a pas encore été le cas. Au contraire, les demandes que l'unité entend
44 approuver sont toutes des cas clairs.

45
46 Le **président** explique que l'unité reçoit de temps à autre des demandes de personnes
47 souhaitant savoir si elles sont des victimes au sens de la loi. Il donne un exemple et
48 assure que les cas limites, pour lesquels les faits et la situation juridique sont sujets à
49 discussion et qui posent des questions délicates quant aux limites à définir, seront
50 toujours discutés au sein de la Cocosol s'ils aboutissent à des demandes de contribution.

51
52 **Urs Allemann** estime que ces cas limites sont intéressants et souhaite qu'ils soient mis à
53 l'ordre du jour d'une séance de la Cocosol.

54 S'ensuit une longue discussion d'ordre général sur les différentes nuances concernant la
55 qualité de victime et sur les délimitations.

56

1 **Elsbeth Aeschlimann** s'étonne du nombre de décès comparativement élevé. Le
2 **président** assure que l'OFJ et la Cocosol entreprendront tout ce qui est en leur pouvoir
3 pour que les dossiers prioritaires pour âge ou maladie ainsi que ceux des victimes qui ont
4 déjà obtenu une aide immédiate seront traités avec diligence de manière à ce que les
5 contributions de solidarité puissent être versées en 2018. La liste actuelle contient
6 uniquement des dossiers de personnes très âgées (de plus de 90 ans) et/ou gravement
7 malades, ce qui explique le nombre élevé de décès. Ce ne devrait plus être le cas pour
8 les listes ultérieures.

9
10 **Urs Allemann** estime que le traitement des demandes devrait être accéléré et que le
11 volume des cas examinés devrait augmenter massivement. Il n'est pas acceptable que
12 des personnes concernées doivent attendre 2019 pour recevoir une contribution. Il faut
13 engager davantage de personnel.

14
15 Le **président** renvoie à la loi, qui fixe un cadre temporel clair pour le traitement des
16 demandes. Il ne s'agit pas d'un travail à la chaîne, dont la productivité peut être
17 augmentée en fonction du besoin, comme dans l'industrie. Derrière chaque dossier se
18 cache un destin individuel. La rapidité n'est pas tout, il est tout aussi important que les
19 dossiers soient traités avec le soin et l'empathie nécessaires et avec le respect auquel a
20 droit toute victime.

21
22 **Laetitia Bernard** fait remarquer que les victimes sont souvent compréhensives
23 lorsqu'elle leur explique dans quel ordre de priorité sont traitées les demandes.

24
25 **Lisa Hilafu** soulève qu'il y a souvent de fausses informations qui circulent au sujet du
26 traitement des demandes. La communication de la Confédération est en général claire et
27 exacte, mais elle constate que les informations erronées et les rumeurs proviennent
28 souvent des victimes elles-mêmes ou de leurs organisations.

30 31 **4. Documents mis à jour (décision positive / décision négative)**

32 Le **président** présente les versions remaniées des deux types de décision. Les
33 documents ont été simplifiés et rédigés dans un langage clair pour mieux tenir compte
34 des destinataires. Les remarques formulées lors de la séance précédente ont été prises
35 en considération.

36
37 **Elsbeth Aeschlimann** estime qu'un passage de la décision négative, qui traite de la
38 vraisemblance n'est pas optimal. Les discussions aboutissent à une reformulation du
39 passage en question. Le projet de décision positive et le texte remanié de la décision
40 négative sont approuvés ; il n'est pas jugé nécessaire de les soumettre une nouvelle fois
41 à la commission.

42 Plusieurs membres remercient Iris Widmer pour son travail.

43 44 45 **5. Traitement des demandes / prise de contact avec les demandeurs / envoi des** 46 **informations préalables**

47 Le **président** relève que les expériences faites lors de la prise de contact par téléphone
48 avec les victimes qui ont déposé une demande sont très positives. Les demandeurs
49 apprécient d'être traités comme des individus et non comme de simples numéros de
50 dossier, ils apprécient qu'on leur demande comment ils se portent et qu'on leur parle
51 sans ambiguïté.

52 L'envoi des informations préalables concernant les demandes traitées à la séance
53 d'aujourd'hui aura lieu dans les jours à venir.

54
55 **Barbara Studer** évoque un incident survenu récemment aux Archives du canton de
56 Berne, où une cliente s'est emportée au point d'agresser une collaboratrice, la recherche
57 des pièces de son dossier ne se passant pas comme prévu. Ce genre de situation risque
58 de se reproduire une fois que les décisions négatives auront été envoyées.

1
2
3 **6. Autres demandes formulées par la Cocosol lors de la séance du 21 juin 2017**

4 **Reto Brand** reprend brièvement les demandes formulées par certains membres de la
5 Cocosol qui ont été discutées lors de la dernière séance et qui ont été inscrites au
6 procès-verbal.

7 Lisa Hilafu avait notamment critiqué le fait que les offices de l'état civil faisaient payer les
8 renseignements demandés en relation avec les adoptions forcées. L'OFJ prévoit
9 d'édicter à ce sujet une directive à l'intention des services compétents. La mise en œuvre
10 ne devrait pas poser de problème et ce point devrait ainsi être réglé. Concernant le site
11 Internet de l'unité MCFA, plus précisément les informations sur les points de contact
12 cantonaux, celles-ci sont jugées suffisamment claires et complètes. Quant à la question
13 posée par Mme Aeschlimann, les points de contact cantonaux sont disposés à faire des
14 visites à domicile lorsque les personnes concernées ne peuvent plus se déplacer pour
15 des raisons de santé. Différents points de contact le font d'ailleurs déjà aujourd'hui.
16

17
18 **7. Conférence de presse du 6 juillet 2017**

19 Le **président** tire le bilan de la conférence de presse et estime qu'il était très important
20 que Guido Fluri et Peter Gomm y participent. Il ne s'agit pas d'un acte isolé, mais plutôt
21 d'une pièce du puzzle que représente le travail d'information sur les MCFA, qui doit être
22 mené de façon permanente. Ce qui est regrettable, c'est que la conférence de presse a
23 été suivie de grandes discussions qui ont nui à la cause. Le relèvement du montant
24 maximal exigé par certaines personnes, par exemple, est irréaliste du point de vue
25 politique et ne fait que susciter de faux espoirs chez les personnes concernées.
26 Il s'ensuit une discussion sur les réactions des différentes personnes et associations.
27

28
29 **8. Dépliant : état des travaux, recherche d'adresses, envoi**

30 Le **président** présente le dépliant annoncé lors de la conférence de presse. Il sera remis
31 à différentes organisations qui s'occupent aujourd'hui de victimes sous une forme ou une
32 autre, comme les EMS, les médecins de famille, les soins à domicile (Spitex), Pro
33 Senectute, etc. Les dépliants seront imprimés puis distribués rapidement.

34 **Lisa Hilafu** fait remarquer que de nombreuses personnes concernées, quelle que soit la
35 catégorie de victimes à laquelle elles appartiennent, ne savent pas ce que recouvrent la
36 notion « mesures de coercition à des fins d'assistance et placements extrafamiliaux
37 antérieurs à 1981 » et l'abréviation « MCFA ». Lorsque ces termes sont utilisés dans les
38 appels à déposer des demandes, elles ne se sentent pas concernées. C'est pourquoi il
39 est important de mentionner à chaque fois toutes les catégories de victimes, comme cela
40 a été fait dans le dépliant.
41

42
43 **9. Projets d'entraide**

44 Le **président** informe rapidement sur deux projets d'entraide qui sont planifiés. Des
45 entretiens préliminaires auront lieu avec les organes responsables afin de voir, d'une
46 part, si ces projets d'entraide sont réalisables et, d'autre part, comment la préparation et
47 le traitement des demandes peuvent être améliorés. Il est dans l'intérêt de tous les
48 participants d'assurer que ces projets soient viables. Il est également important que les
49 autorités locales les soutiennent. Plus l'assise et le soutien sont larges, plus les chances
50 de succès sont élevées. **Reto Brand** précise qu'il faut également tenir compte de la loi
51 sur les subventions en relation avec ces projets d'entraide. L'unité MCFA suit les
52 demandeurs de façon active et personnalisée.
53

54
55
56 **10. Informations complémentaires**

57 Le **président** donne des informations sur les contributions volontaires des communes.
58 Plusieurs cantons ont par ailleurs annoncé que le versement d'une contribution avait été

1 décidé ou que leur gouvernement ou parlement était sur le point de rendre une décision
2 à ce sujet.

3
4 Le **président** donne de brèves informations sur la manifestation du 9 août concernant le
5 PNR 76. Il estime qu'il était important que les personnes concernées soient présentes et
6 s'est réjoui de la forte participation. Il a trouvé la rencontre très intéressante, d'autant plus
7 que les victimes ont été directement impliquées. **Lisa Hilafu** confirme que les retours des
8 personnes concernées ont été positifs et que c'est de bon augure pour l'avenir.

9 Le **président** attire l'attention sur la réunion du 2 novembre organisée par la CIE. Il s'agit
10 presque d'une manifestation de clôture, vu que la CIE remettra son rapport final en 2018.

11 12 13 **11. Planification 2018/dates des séances**

14
15 Le **président** propose quatre dates de séance pour 2018 :

- 16
- 17 • **mardi 6 mars, de 10h à 16h,**
- 18 • **mercredi 23 mai, de 10h à 16h,**
- 19 • **mardi 28 août, de 10h à 16h, et**
- 20 • **mardi 20 novembre, de 10h à 16h.**

21
22 Ces dates conviennent aux personnes présentes, tout comme au membre excusé,
23 Christian Raetz, qui a été consulté ultérieurement.

24 25 26 **12. Divers**

27 **Barbara Studer** présente la solution trouvée au problème des dossiers psychiatriques de
28 la clinique Waldau. Depuis l'intervention de l'OFJ, tout se passe bien et les dossiers sont
29 désormais remis sans façon, ce qui facilite grandement le travail des Archives.

30 Le **président** renseigne brièvement, dans ce contexte, sur les dossiers des enfants
31 tibétains : les travaux visant à remettre ces dossiers aux Archives fédérales sont en
32 cours. **Guido Fluri** constate que d'énormes progrès ont été réalisés ces dernières
33 années dans le domaine des archives et de la consultation des dossiers et qu'une
34 véritable prise de conscience a eu lieu.

35
36 La prochaine séance se tiendra le 17 octobre 2017 de 10h à 16h, dans la salle de
37 séance 326 Est de l'OFJ. L'invitation suivra.

38
39 Fin de la séance : 15h environ

40